

Beschluss des Landesvorstands der FDP Hamburg vom 10. September 2023

Drob inn an Pull out – Sicherheit am Hauptbahnhof steigern

Die Sicherheitslage am Hamburger Hauptbahnhof gilt immer mehr als angespannt und unübersichtlich; er ist der gefährlichste Bahnhof in Deutschland, teilweise wird sogar vom gefährlichsten Bahnhof Europas gesprochen. Die Bürger meiden spätestens ab dem Abend das Gebiet rund um den wichtigsten Knotenpunkt Hamburgs. Wir dürfen dabei nicht zulassen, dass die Verbindung zwischen vielen Teilen der Stadt und nicht zuletzt auch ein lebenswertes und lebendiges Viertel aufgrund der vielen Straftaten für die Menschen der Stadt unattraktiv wird. Statistiken weisen einen signifikanten Anstieg vor allem bei Gewaltdelikten aus.

Auch das erweiterte Umfeld des Bahnhofs wird durch die Situation vor dem *Drob Inn*, einer Beratungsstelle inklusive Konsumräumen, welche sich hinter dem ZOB befindet, als negativ bewertet. Dort halten sich viele Drogenabhängige auf. Dies führt dazu, dass nicht nur der Platz vor dem *Drob Inn*, sondern auch der August-Bebel-Park als bedrohlich empfunden wird. Zu der Problemlage gehört Verschmutzung und Vermüllung, ebenso das unkalkulierbare Verhalten stark intoxikierter Personen, auch in Bezug auf die Altmannbrücke, die Repsoldstrasse und den Besenbinderhof und die Rad- Fuss- und Autoverkehre dort. Die Hauseingänge und Treppenhäuser im Umfeld werden oft als Konsumorte benutzt.

Drogenabhängigkeit ist eine traurige Realität in unserer Gesellschaft. Das *Drob Inn* erfüllte eine wichtige Funktion für die Sicherheit des Hauptbahnhofes, da es die offene Drogenszene die früher direkt im und vor dem Hauptbahnhof stattfand in ein betreutes Umfeld geführt hat. Am Beispiel der Stadt Zürich lässt sich gut ablesen, dass eine offene Drogenszene nur kanalisiert werden kann durch Konsumräumen und Betreuung. Es war ein Senat unter FDP-Beteiligung, der das *Drob Inn* an seinem heutigen Standort etabliert hat.

Die Verhältnisse im Umfeld des *Drob Inn*, für Passanten, Radfahrer und den Auto- und Bahnverkehr, die Anwohner und alle Besucher des Stadtzentrums haben sich allerdings in den letzten Jahren sehr negativ entwickelt.

Hier muss die Politik zielgerichtete Maßnahmen ergreifen, um diesem Trend entgegenzuwirken.

Die FDP Hamburg

- sieht die Verzahnung von Drogenberatung und -prävention mit der Straßensozialarbeit als unerlässlich an. Hier muss eng zusammengearbeitet werden und gemeinsam konzeptionell gedacht werden.
- fordert weitere bauliche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation vor dem *Drob Inn*. Bereits durchgeführte Maßnahmen, um Menschen aus dem August-Bebel-Park vor die Beratungsstelle zu ziehen, sollen auf ihre Wirkung hin evaluiert werden. Dort muss jedoch auch durch ein verbessertes Beleuchtungskonzept sichergestellt werden,

dass sich die Zustände auf dem Vorplatz verbessern und das Sicherheitsgefühl der Bürger wieder gestärkt wird.

- spricht sich gegen eine Verlegung des *Drob Inn* aus. In der Zeit, wo die Drogenberatungsstelle wegen der Corona-Pandemie und eines Umbaus nicht bzw. nur eingeschränkt zur Verfügung stand, zeigte sich keine Verlagerung der Problematik. Die Menschen bleiben am Hauptbahnhof, weil dort die beste Versorgung mit Hilfsgütern, Sozialarbeitern und Angeboten für Wohnungslose und Suchtkranke vorhanden ist. Dieser Problematik muss sich gestellt werden, das Problem nur zu verschieben, ist keine Lösung.
- fordert aus diesem Grund ein Konzept des Hamburger Senats zur Ausweitung der sozialen Infrastruktur in Bezug auf Wohnungslose und speziell Menschen mit Suchtproblemen.
Dieses soll Straßensozialarbeit genauso einbeziehen wie Unterbringungsmöglichkeiten für Wohnungslose. Hierbei sollen die verschiedenen Gruppen unter Obdachlosen speziell berücksichtigt werden. Dazu zählen besonders Frauen, Menschen mit Hund, aber auch Paare. Ebenso sollen verstärkt in Obdachloseneinrichtung Beratungsangebote für Drogenabhängige entstehen. Nur mit einem solchen Konzept schaffen wir es, dass sich nicht alle Betroffenen um den Hauptbahnhof und die Mönckebergstraße sowie deren Verlängerung aufhalten.
- spricht sich für eine bedarfsgerechte Erweiterung der Öffnungszeiten des *Drob Inn* aus.
- fordert, dass bei Kontrollen der Menschen vor Ort verstärkt auch geprüft werden soll, ob ein Aufenthaltsrecht besteht. Ist dies nicht der Fall, sollen entsprechende Maßnahmen ergriffen werden. Auch dies kann zu einer Entlastung der Situation vor Ort führen.
- regen Gespräche zwischen Polizei und Straßensozialarbeitern an, um eine konstruktive Zusammenarbeit sicherzustellen. Es sollen transparente Regelungen zwischen beiden Seiten gefunden werden, unter welchen Bedingungen Platzverweise ausgesprochen werden. Auch mit anderen Parteien vor Ort – wie Vertretern des Einzelhandels – soll dabei gesprochen werden. Die Bezirke und der Senat sollen entsprechende Gespräche koordinieren.
- spricht sich mittelfristig für die Eröffnung einer weiteren Stelle des *Drob Inn* aus. Aus unserer Sicht ist es durchaus sinnvoll, den Andrang auf entsprechende Angebote zumindest etwas zu entzerren. Hierbei sollen „Pull-Out-Effekte“ genutzt werden, die automatisch bei einer breiteren Aufstellung von Angeboten entstehen. Eine Örtlichkeit für diese Zweistelle soll evaluiert werden und in das Gesamtkonzept des Senats eingebettet werden.